

# Wirtschaft

Diess ist kein Mann der Verteidigung, sondern des Angriffs. ► S. 82



5G-Sendemast in Berlin

Mobilfunknetz 5G

## Seehofer will mehr Masten

Auch CDU-Abgeordnete fordern bessere Versorgung für ländliche Regionen.

● Bundesinnenminister Horst Seehofer verlangt, die Ausschreibungsregeln für das neue digitale Mobilfunknetz 5G nachzubessern. In einem Brief an den Präsidenten der zuständigen Bundesnetzagentur kritisiert der CSU-Chef, dass sich mit den bisherigen Vergabekriterien keine »gleichwertigen Lebensverhältnisse« in der Republik herstellen ließen, wie sie der Koalitionsvertrag vorschreibe. Nach derzeitigem Plan wären stattdessen »15 bis 20 Prozent der Bundesfläche nicht mit 5G-Verbindungen versorgt«.

Das betreffe »vor allem ländliche Regionen«, heißt es in dem Schreiben. Die Netzagentur solle deshalb mit der Fre-

quenzvergabe warten, bis die Bund-Länder-Kommission »Gleichwertige Lebensverhältnisse« ihre Beratungen im Mai nächsten Jahres abgeschlossen habe. Seehofer wird von einer Gruppe von Unionsparlamentariern um den CDU-Abgeordneten Stefan Rouenhoff unterstützt, die eine Unterschriftenaktion für einen neuen Vergabeplan gestartet hat. Nötig sei ein »gleichwertiger Ausbau urbaner und ländlicher Regionen, um so eine flächendeckende Infrastruktur für die digitale Zukunft unseres Landes sicherzustellen«, heißt es in ihrem Schreiben an die Fraktion. Bislang haben sich drei Dutzend Unionsabgeordnete dem Aufruf angeschlossen. GT, MSA

Siemens

### Lohnverzicht für den Standort

● Im Streit um den geplanten Personalabbau in der Kraftwerkssparte bei Siemens zahlen die Mitarbeiter offenbar einen hohen Preis. Sie verzichten, anders als ihre Kollegen in anderen Sparten, auf

Teile ihres Lohns. Erst im Februar hatten Arbeitgeber und Gewerkschaften in der Metallindustrie vereinbart, dass die Beschäftigten vom nächsten Jahr an jeweils im Juli ein sogenanntes tarifliches Zusatzgeld in Höhe von 27,5 Prozent eines Monatsgehalts bekommen. Für die Angestellten der Siemens-Energiesparte wurde nun nachträglich eine Ausnahme gemacht, »zur Stabilisierung des Bereichs

in einer schwierigen Situation«, wie es in einem Rundschreiben der IG Metall heißt. Ohne das Gehaltsoffer, bedeutet das, könnten mehrere Standorte gefährdet sein. Demnach beziehen die Mitarbeiter der betroffenen Werke in Görlitz, Berlin, Erfurt, Erlangen, Mülheim und Offenbach für 2019 zunächst kein erhöhtes Urlaubsgeld, erhalten im Gegenzug allerdings acht zusätzliche freie Tage. DID